

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Dresden, R. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis: einjährig 6.00 M., durch die Post monatlich 0.50 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckpreis: die 4-spaltige Komposition 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3-spaltige Komposition 6.50 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisänderung 50 Pf.

Nr. 285 Dresden, Donnerstag den 9. Dezember 1920 31. Jahrg.

Buch wiedergewählt!

Moskau und Sachsen

Im sächsischen Parlament ist eine sozialistische Front gegen die bürgerlichen Parteien im Entstehen. Die Nichtnennung aller derer, die nicht mehr fürchten als die Lieberwindung des Bürgerkampfes im sozialistischen Lager Deutschlands, spricht sich in der Haltung der bürgerlichen Presse zur sächsischen Regierungsbildung deutlich aus. Ein Teil der Wähler hat sogar ein neues Schlußwort gefunden, das mit Begegnung aufgenommen wird von allen, denen es an brauchbaren Schlußworten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie fehlt. So redet der Dresdner Anzeiger hartnäckig von dem „Einfluß Moskaus“, der sich nicht in der sächsischen Politik insofern der ausschlaggebenden Stellung der Kommunisten breitmachen werde. Andre Blätter mit ähnlichem Horizont nehmen die Kurierung dankbar auf. Die angeblich demokratische Berliner Arbeiterzeitung, die ein brauchbares Familienblatt für Kriegsgewinnler und Revolutionsfieberer ist, ergeht sich in Verurteilungen, die vom Dresdner Anzeiger als besonders treffend belobt werden und die besagen:

„Darüber, was Deutschland sozialistische Politik ist, sollen auch alle offiziellen Anzeiger und Anzeiger der Moskauer 3. Internationale erscheinen! Wenn Lenin die Stirn lehnt und ruft: „Recht auch hinweg! so ruhe der Tod mit seinen Ministern die Koffer packen. Überhörte Zustände, ein unmögliches Experiment, denn nur um ein solches kann es sich handeln.“

Es beginnt hiermit ein Spiel, das auf ähnelndem Niveau steht, wie einst im Mai die flachen Kapitulationspausen, die die Kulturkämpfer gegen das Zentrum losließen. Von nun an ist die römische Partei, die auf einen Blick des Papstes zu spannen und nicht als römische Partei in Deutschland zu vertreten habe. Das Zentrum ist trotz alledem groß und stark geworden und geliebt. Warum? Weil in der Politik für eine Partei die Gesamtsumme der Forderungen und Grundzüge entscheidet, die eine Partei vertritt, und weil auch die Wählerkraft weiß, daß der Auslandsbezug mit besonders Vorliebe immer von denen mißbraucht worden ist, die ausländische Einflüsse gern hinnehmen, wo sie ihren Gedanken und Interessen entgegenkommen. Es gab mal eine Zeit, da ging die bürgerliche Presse mit der dümmsten österreichischen Politik durch die und dünne. Es gab eine Zeit, da nahm diese Presse alle Verfassungen der türkischen Wadhihaber wohlwollend hin; auf einen Blick von Konstantinopel wurden selbst solche Kulturgenies, wie die durch Enver-Pascha Norden vertrieben Armenier-Glückseligen, ohne ein Wort der Kritik hingeworfen. Und als Bulgarien während des Weltkrieges seine wehrfähigen Kräfte auf tummeln und herliches Gebiet rückte und damit weichen ließ zur Verlängerung des Krieges beizugehen, rührte sich in der bürgerlichen Presse keine Feder dagegen.

Ja, aber das waren Bundesgenossen, werden die, die damals solche Katastrophenspolitik begünstigten, entgegen. Nun, diese bundesgenössischen Auslandseinflüsse waren nichtbedeutender für Deutschland als Verbündetenpolitik, was wir uns denken konnten. Das Treiben der österreichisch-ungarischen Macht lieferte sogar den unmittelbaren Anlaß zum Weltkrieg. Wenn heute, ausgerechnet reaktionäre Blätter vom Schlag der Kreuzzeitung, der Deutschen Tageszeitung und ihrer deutschlandnationalen Nachbeter, wie die Dresdner Nachrichten, sich über die Moskauer Freundschaft der Kommunisten entlassen, so fehlt diesem Echoraum jede Legitimation und Berechtigung dazu. Die Herta Wilhelmis III. und IV., unter der Preußen nichts als eine große Domäne Rußlands war, und in der die Wilhelmis ihre politischen Zynismus unmittelbar aus Petersburg und Moskau empfingen, erscheint der Freiwildigen Zeitung heute noch als die eigentliche erdpreussische Periode der deutschen Geschichte. Wie die Rußlandfreundschaft unter Junker denn auch nie auf Deutschland beruht hat! Einer, der es wissen muß, der Kaiser in Dohentode, hat in seinen Tagebüchern ganz richtig betont, daß die Junker nicht nur aufs Reich müssen, wenn es sich vom Konservatismus abhebe, sondern daß sie auch mit dem gesamten Preußen am liebsten zu Rußland übergeben würden. Ru dem zaristischen Rußland von ebendem Wohlwerts! Das Rußland der Lenin und Trotzky müßte dem Reich das ebendmaligen Jaren eine sozialistische Grundlage geben — was auch mit Mitteln, die uns alles andre als sozialistisch erscheinen und auf eine neue Diktatur hinauslaufen. Es ist damit hat auch die Rußlandfreundschaft der deutschen Reaktion ein jähes Ende gefunden.

Und Sozialdemokraten erscheint die Unterwerfung der deutschen Kommunisten und Neukommunisten unter das Diktat Lenin und Trotzky geradezu als eine Verschmäppung weiter Teile des deutschen Proletariats, und wir haben unsere Ansicht darüber wahrlich nicht in die Tasche gesteckt. Aber gerade jener Teil der Presse, der sich über die kommunistische gerade Rußlandfreundschaft heute nicht genug enträsten kann, hat keinerlei Recht dazu, weil er andre, weit verhängnisvollere

Sächsische Volkstammer

Dresden, 9. Dezember.

3. Sitzung.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung, die nach 10 Uhr vormittags beginnt, steht:

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Wirth (Soz.) schlägt den bisherigen Ministerpräsidenten Sud zur Wiederwahl vor.

Erklärungen der bürgerlichen Fraktionen.

Abg. Hofmann (Dnt.) erklärt für seine Fraktion: Wir lehnen es ab, Herrn Sud als Ministerpräsidenten zu wählen. Dafür sind einmal die Gründe maßgebend, die uns bereits bei der letzten Wahl veranlaßt haben. Herrn Sud nicht zu wählen. Für die heutige Wahl kommt hinzu, daß er im Besitz ist, ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden, und daß er dabei auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen ist. Ein solches Ministerium entspricht nicht dem Volkswillen, wie er bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist.

Abg. Blücher (D. Sp.) gibt folgende Erklärung ab: Wir werden nicht für die Kandidatur Sud stimmen. Hinter ihr steht eine rein sozialistische Regierung, die um eine Mehrheit zu haben, sich auf die Kommunisten zu stützen beabsichtigt. Wir halten diese Regierung nicht für tragfähig. Vor allem bedeutet sie aber eine starke Minderanzahl des am 14. November deutlich erkennbar gewordenen Willens der sächsischen Wählerkraft, daß wir, vorbehaltlich der politischen Aussprüche, die in der nächsten Woche stattfinden soll, schon heute gegen ein solches Vorgehen scharfe Verwahrung einlegen müssen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) gibt für seine Fraktion eine ähnlich lautende Erklärung ab. Eine rein sozialistische Regierung, die nur mit Hilfe und Duldung der kommunistischen Fraktion, die sich in offener Feindschaft zur Verfassung erklärt hat, möglich ist, sei unvereinbar mit den demokratischen Grundgesetzen und ein Unglück für den Freistaat Sachsen.

Die Erklärung der Kommunisten.

Abg. Renner (Kom.) wenn wir heute bereit sind, einer Regierung Sud unsere Zustimmung zu geben, so nur unter der Voraussetzung, daß sie entschlossen ist, eine rein sozialistische Regierung zu bilden und durchzuführen. Unter anderen Umständen müßten wir der sozialistischen Regierung die Sozialpolitik verweigern und Herrn Sud nicht wählen, da wir im offenen Kampfe gegen die sächsische Verfassung stehen, und von uns Kommunisten bezeugt ist, daß wir trotz unserm Eintritte in das sächsische Parlament ernst und bereit sind, die Verfassung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und zum Siege der Verfassung die Kräfte des arbeitenden Volkes einzusetzen. (Beif. hört, hört!) Im ganzen Hause herrscht große Unruhe. Wir wollen es für notwendig erachten, in dieser Sitzung offen zu erklären, daß wir der Wahl des Ministerpräsidenten Sud zustimmen müssen, weil ein großer Teil des sächsischen Volkes noch glaubt, daß es einer rein sozialistischen Regierung noch möglich ist, die bürgerliche Verfassung zu befestigen. Es ist Pflicht der kommunistischen Partei, diese Forderung der arbeitenden Massen zu verteidigen und ihnen zu zeigen, daß eine sozialistische Regierung nicht zum Sozialismus führt. Eine sozialistische Regierung ist unter den bestehenden Verhältnissen nur der Geschäftsführer des Kapitalismus. Die Unabhängigen sind zwar mit den Linien für die Revolution, in Wahrheit machen sie die Scheidemannier. (Große Beif. hört.) Am Schlusse seiner langen Erklärung, die bei der großen Unruhe im Hause teilweise auf der Pressebühne unverständlich bleibt, stellt der Redner folgende Forderungen an die Regierung: Eine umfassende Amnestie, Entlassung der Oranien, Schaffung einer proletarischen Soldatenkommission und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zum Existenzminimum. Die Kommunisten seien vorbereitet, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Macht zu führen. (Bravo! auf der äußersten Linken; ironische Zurufe der Bürgerlichen.)

Präsident Arnhold bemerkt, er hätte zwar wiederholt Gelegenheit gehabt, den Vorredner zu unterbrechen, er habe aber dem Dasei Gelegenheit geben wollen, den Gehör voll auf sich wirken zu lassen. Es mußte Klarheit geschaffen werden und diese sei nunmehr herbeigeführt. Wir wissen nun, wovon wir sind.

Auf Antrag des Abg. Wirth (Soz.) wird dann die Vertagung der Sitzung um eine volle Stunde beschloffen.

Gegen 12½ Uhr mittags wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Ministerpräsident Sud: Ich habe folgende Erklärung abgegeben:

Auf Vorschlag des Abg. Wirth ist der Landtag erlußt worden.

den, mich zum Ministerpräsidenten zu wählen. Nach diesem Glauben haben die Abg. Hofmann, Blücher, Seyfert und Renner Erklärungen abgegeben. Die Ausführungen des Abg. Renner, in denen auch die in dem Landtag eingehende kommunistische Politik zum Ausdruck kam und die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht ist, dem vom Abg. Wirth vorgelegenen Kandidaten die Zustimmung zu geben, wenn der zukünftige Ministerpräsident und die von ihm zu berufenden Minister die in den Ausführungen des Herrn Renner enthaltenen Grundzüge und Bedingungen durchzuführen bereit sind, veranlassen mich, für meine Person zu erklären, daß die vorerwähnten Bedingungen keine Grundlage für die Arbeit der zukünftigen Regierung sein können.

Ich habe bei früheren Gelegenheiten die Grundzüge bekanntgegeben, die für meine Amtszeit maßgebend sein werden und dieses Versprechen habe ich bisher eingehalten versucht.

Auch in Zukunft kann und darf für mich als Ministerpräsident nur die Verfassung, die die Volkstammer am 27. Oktober 1920 einstimmig angenommen hat, als Grundlage der Tätigkeit maßgebend sein. In diesem schärfsten Rahmen die Arbeiten mit sozialistischem Geist und Willen zu durchzuführen, ist für mich als Sozialdemokrat selbstverständlich Pflicht und Recht, weil ich nur durch eine solche verbundene Tätigkeit eine Besserung aus unsern wirtschaftlichen Not und Leiden erwarre und bestimmt erhoffe.

Der Ministerpräsident ist nach Artikel 29 der Verfassung verpflichtet, vor dem Landtag den Eid zu leisten, daß er Treue der Verfassung schwöre.

Der Wille, diesen Eid zu leisten, wenn ich gewählt werde, veranlaßt mich weiter zu der Erklärung, daß ich nicht durch Schwören zu den Ausführungen des Abg. Renner den Aufbruch erzwungen will, daß ich um Stimmen von Herrn Wirth, die offen von Sturz der Verfassung proklamieren.

Abg. Wirth (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß sie im sächsischen Landtag die Politik vertreten wird, die in dem programmatischen Grundfahnen ihrer Partei festgelegt ist. Dabei wird sich die sozialdemokratische Fraktion an die mit der U.S.P.-Partei getroffenen Abmachungen und innerhalb des Rahmens der Landesverfassung halten. Der Vorstoß vom bisherigen Ministerpräsidenten verlesenen Erklärung schließen wir uns an.

Abg. Blücher (D. Sp.): Auf die Erklärung der Kommunisten, daß sie die Bildung einer sozialen Regierung in Sachsen nur unterstützen werden, wenn diese Regierung die Bedingungen der Kommunisten erfüllt, gibt die U.S.P.-Fraktion folgende Antwort:

Nach den Beschlüssen der Landesversammlung der U.S.P. vom 6. Dezember 1920 hat sich unsere Partei bereit erklärt, mit in eine sozialistische Regierung einzutreten, um die Bildung einer sozialistischen Regierung in Sachsen zu beschleunigen.

Als Grundlage für den Eintritt der U.S.P. in die Regierung hat die Landesversammlung unserer Partei ein Minimalprogramm aufgestellt. Dieses Minimalprogramm ist auch von der U.S.P. als eine zurechnete Grundlage für eine sozialistische Regierung anerkannt worden. Für die U.S.P. Reaktion sind die Beschlüsse der Landesversammlung bindend. Daher erklärt die U.S.P., daß sie es ablehnen muß, sich von irgendeiner Seite Bedingungen für den Eintritt in die Regierung oder für die Führung der Regierungsgeschäfte vorzuschreiben zu lassen.

Mit dieser Erklärung bringen wir zum Ausdruck, daß die U.S.P. alles getan hat, um im Interesse des Proletariats die Bildung einer sozialistischen Regierung zu ermöglichen. Wir halten die Bildung einer sozialistischen Regierung auf der Grundlage der Beschlüsse der Landesversammlung der U.S.P. für möglich. Würde trotzdem keine sozialistische Regierung zustande kommen, müßten wir die Verantwortung für die Schädigung der proletarischen Interessen der Partei auftragen, die diese Regierungsbildung verhindert.

Abg. Seyfert (Dem.): Wir haben schon früher kundgegeben, daß wir das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung ermöglichen wollen, daß es uns aber selbstverständlich erscheint, daß wir die sozialistische Regierung, wenn sie nicht ihre Pflicht im Sinne des Sozialismus erfüllt, wenn sie nicht ihre ganze Kraft einsetzt, um die Arbeiterkraft in jeder Richtung zu helfen, stürzen werden.

Darauf wird zur Wahl

geschritten. Von 95 abgegebenen Stimmen lautet 48 auf Sud, der also damit wiedergewählt ist, denn den 48 sozialistischen und kommunistischen Stimmen stehen 47 bürgerliche gegenüber, die sich auf Abg. Hofmann (Dnt. Sp.) mit 20, Abg. Blücher (D. Sp.) mit 18 und Abg. Seyfert mit 9 Stimmen verteilen. 1 Stimme entfiel auf Dr. Hille (Zent.).

Ministerpräsident Sud erklärt, daß er die Wahl annimmt, worauf seine Vereidigung erfolgt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Es hingenommen und gebildet hat. Wähler wie der Börse-farier und der Dresdner Anzeiger wissen ja auch ganz genau, daß sie mit dem neuen Schlagwort nur auf der Suche nach einer Parole sind, die für kommende Wahlen brauchbar erscheint.

Wer die bisherige Haltung der Sozialdemokratie im Auge behalten hat, der weiß, daß sie sich die Nichtnennung ihrer Politik nicht von den Vasallen Lenins verschreiben lassen wird. Und den Schatten Lenins ausgerechnet über das sehr begrenzte Gebiet der sächsischen Politik spüren zu lassen, erscheint uns besonders lässlich — um ganz milde zu sein. Die Sozialdemokratie wird die Politik verfechten, die sie im Interesse des werktätigen Volkes für richtig hält. Wenn die Kommunisten ihren Eigenbrötchleien nachhängen wollen, so wird ihnen bezellet gesagt werden, wo die Grenze ist und wo wir aus ihre Unterstützung ver-

Wenn sie zu fragen und um das Urteil der Arbeiter wäre uns nicht dänke.

Wir begrüßen es, daß endlich noch zweiwöchigen Bürgerkampfes in Sachsen wieder der Versuch einer Regierungsbildung mit den Unabhängigen gemacht werden konnte, und es sollte uns freuen, wenn sich diese Verbindung halten könnte. Selbst für den, der daran Zweifel hat, ob wir mit der Verteilung der Ministerposten richtig verfahren sind, bleibt es doch ein zunächst bedeutungsvolles Ereignis, daß die zwei stärksten sozialistischen Parteien die Zeichen der Zeit zu würdigen gewillt sind. In der Kampfgemeinschaft der gesamten sozialistischen Arbeiterkraft gegen die kapitalistische Welt liegt die Rettung des deutschen Sozialismus. Ein diese Gemeinschaft ermöglicht einen weiteren Ausbau der revolutionären Errungenheiten. Wer daran bis heute zweifelte, dem mag das Weheul der bürgerlichen Presse ein Zynismus sein.

Vertical text on the left margin, including names and prices of various goods.

Vertical text on the right margin, including names and prices of various goods.